

Stellungnahme

**des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft
(BGW), Berlin und Brüssel**

zur

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

**Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue
Solidarität zwischen den Generationen“**

KOM (2005) 94 endg.

Berlin, den 14.12.2005

Der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) begrüßt die Vorlage der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Grünbuch: Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen, (KOM2005) 94 endg.“.

Das Phänomen schrumpfender Städte und Gemeinden stellt als Ergebnis des demografischen Wandels Politik, Wirtschaft und Verbraucher vor vielschichtige Probleme. Obwohl zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit den demografischen Veränderungen in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten fallen, kristallisieren sich immer mehr Fragen von gemeinsamem Interesse heraus. Daher begrüßt der BGW die Initiative der EU-Kommission, die Diskussion über den demografischen Wandel und die Bewältigung seiner Folgen zu eröffnen.

Der BGW bittet die Vertreter der europäischen Kommission zu berücksichtigen, dass der demografische Wandel, den Sektor Wasserwirtschaft erfasst. Der demografische Wandel verläuft im Sektor Wasser lokal/regional sehr unterschiedlich und seine Folgen werden, teilweise früher als ursprünglich prognostiziert, bereits deutlich spürbar.

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen. Die Dienstleistungen Wasserver- und Abwasserentsorgung prägen in hohem Maße die Lebensqualität der Bevölkerung, sie sind unentbehrlich. Mit der EU-Trinkwasserrichtlinie und der EU-Abwasserrichtlinie haben die Europäischen Gemeinschaften Qualitätsziele gesetzt, die umzusetzen sind. Diese Umsetzung ist, wie in vielen Mitgliedstaaten auch, in der Bundesrepublik Deutschland auf sehr hohem Niveau über den gesetzten EU-Standard hinaus erfolgt. In den neuen Mitgliedsstaaten steht diese Umsetzung noch an.

Die für die Umsetzung der EU-Wasserrichtlinien erforderlichen (Netze) und Anlagen der Ver- und Entsorgung sind sehr kostenintensiv, sie sind nicht beweglich und werden langfristig, d. h. für einen Zeitraum von ungefähr 40 bis 50 Jahren geplant. **Erste Erfahrungen der Praxis zeigen, dass durch den demografischen Wandel für den Sektor Wasser besondere wirtschaftlich-technische Probleme und Sicherheitsrisiken entstehen, die auf nationaler und europäischer Ebene zu klären sind.**

Für langfristig konzipierte Infrastrukturen, wie bei Wasser und Abwasser, die nicht mobil sind, ergeben sich folgende Probleme:

- Rückgang der Wasserabgabe
- Überdimensionierung der Anlagen und Netze durch den demografischen Wandel, durch geringere Verbräuche
- kostspieliger Rückbau und/oder zusätzliche Übergangsmaßnahmen, die vom Verbraucher getragen werden müssen
- die Klärung der Kostentragungspflichten
- neue Anforderungen und kostenintensive Maßnahmen zur Einhaltung der Vorgaben der EU-Trinkwasserrichtlinie und EU-Abwasserrichtlinie
- neue Konzepte für „intelligente“ wirtschaftlich-technische Lösungen vor Ort

Fakt ist, dass letztlich durch den Rückgang im Wasserverbrauch die Leistungsfähigkeit von Kläranlagen bzw. die hygienische Qualität des Trinkwassers betroffen werden könnten und nur durch z. T. hohe Kosten zu stabilisieren sind. Diese Probleme werden zusätzlich dort verschärft, wo die Infrastrukturen relativ neu sind und somit Buchwertverluste entstehen.

Vor diesem Hintergrund bittet der BGW die Vertreter der EU-Kommission, für den Sektor Wasser

- bei der Beratung des Grünbuchs zum demografischen Wandel die Probleme der Wasserver- und entsorgung zu berücksichtigen. Der demografische Wandel stellt nicht nur die Oberwelt, sondern auch die „Unterwelt“ vor ernste Probleme.
- Untersuchungen zu den Folgen des demografischen Wandels für die Wasserver- und Entsorgung und modellhafte Lösungsansätze zu initiieren. Der BGW ist gerne bereit, hierbei die EU-Kommission mit Daten, Fakten und Konzepten zu unterstützen.
- „Wassersparen“ grundsätzlich zu entideologisieren. Das in der EU-Wasserrahmenrichtlinie geforderte Ziel verschärft die Probleme für Infrastrukturen durch den Rückgang der Wasserabgabe durch den demografischen Wandel.

Der demografische Wandel „wird“ Europa viel Geld „kosten“. Der BGW bittet die Vertreter der EU-Kommission zu prüfen, ob Fördermittel für Anpassungs- und Rückbaumaßnahmen im Bereich Wasser/Abwasser zur Verfügung gestellt werden können. Nur so ist eine Steigerung der Attraktivität der Wohn- und Wirtschaftsstandorte sozialverträglich in Europa möglich.